

WOLFGANG HETZER

FINANZ MAFIA

WIESO BANKER
UND BANDITEN
OHNE STRAFE
DAVONKOMMEN



WESTEND

INHALT

Vorwort von <i>Martin Schulz</i>	7
Einleitung	11
1 Am Abgrund	15
Das Beispiel Hypo Real Estate	24
Peer Steinbrück und die »Schuldfrage«	29
Ist die Krise schon vorbei?	33
Dieses Mal ist alles anders	38
Einsichten eines Finanzministers	44
Die Ellenbogengesellschaft der Topmanager	49
Maschinenherrschaft auf den Finanzmärkten	54
2 Riskante Produkte und Geschäftsmodelle	63
Schuld sind immer nur die anderen	67
Deregulierung der Finanzmärkte als neoliberales Globalisierungsprojekt	70
Rot-grüne Wegbereiter des Shareholder-Kapitalismus	77
Mehr Geschäfte mit immer weniger Kapital	82
3 Die Öffnung des deutschen Luftraums für die Heuschrecken dieser Welt	91
Strategien der Hedge-Fonds-Manager	96
Hedge-Fonds und Geldwäsche	101
Gegenmaßnahmen	105
4 Finanzmarkt und Mafia	108
Eine Kultur des Betrugs	110
Neue Formen der Organisierten Kriminalität	114
Wie Organisierte Kriminalität definiert wird	118
Finanzkrise und Organisierte Kriminalität	124

5 Business und Betrug	128
Einladung zum Betrug: steuerfreie Enklaven	129
Das Weltbild eines Bankangestellten	133
Die Geburtsstunde des Goldesels	138
6 Strukturierte Finanzprodukte und Strafrecht	147
Kapitalmarktkriminalität	148
Die Rolle der Ratingagenturen: aus Dreck Gold machen	152
Wie die Verbriefungen funktionierten	159
7 Möglichkeiten der Strafverfolgung	171
Untreuetatbestand	172
IKB Deutsche Industriebank AG	185
Untreue oder Unfähigkeit?	192
8 Die zweifelhaften Machenschaften mancher Banken	204
Eine feine Adresse: Privatbank Sal. Oppenheim	204
Die Geschäfte der HSH Nordbank	210
Die unheilige Allianz von Politikern und Bankern: Hypo Group Alpe Adria und die Bayern LB	226
Schluss: Korruption als Leitkultur	271
Anmerkungen	287
Abkürzungen	312
Glossar	314
Literatur	329

1 AM ABGRUND

Es begann im Sommer des Jahres 2007. Damals war etwas passiert, das die weltweite Finanzarchitektur beinahe ausgehebelt hätte und zu einer der schwersten nichtmilitärischen Bedrohungen für die Stabilität und den Wohlstand vieler Länder eskalierte. Diese Bedrohung ist keineswegs vorbei, ihre Ursachen sind nicht bezwungen. Die Nachwirkungen werden uns länger beschäftigen als jede andere Finanz- und Wirtschaftskrise in den vergangenen Jahrzehnten. Tatsächlich handelt es sich bei der Entwicklung der letzten Jahre um die gravierendste globale Finanzkrise seit der Großen Depression, egal ob man sie nach Tiefe, Ausbreitung und (potentieller) Dauer der begleitenden Rezession oder nach ihrem gewaltigen Effekt auf die Vermögenmärkte betrachtet.

In der globalen Wirtschaftsgeschichte stehen wir vor einer historischen Herausforderung, die Politik und Wirtschaft für mindestens eine Generation völlig verändern wird. Die Welt wird nach dieser Krise also anders aussehen als vorher. An deren Höhepunkt hatte die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, sogar von einer Gefährdung der Gesellschaftsordnung gesprochen. Solch eine Rhetorik war früher ausschließlich militanten, systemfeindlichen Kräften – dem deutschen und internationalen Terrorismus – vorbehalten. Deshalb stellt sich die Frage, ob die Rhetorik übertrieben war – oder ob diese Gefährdung der Gesellschaftsordnung sich nicht bereits real vollzieht und andauert.¹ Bei den Bemühungen, diese Frage zu beantworten, ist bisher große Zurückhaltung zu beobachten. Es mag einiges dafür sprechen, den Ausbruch der Finanzkrise auf den Sommer 2007 zu datieren. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Entwicklung schon seit vielen Jahren auch für Spitzenpolitiker hinreichend klar erkennbar war und dass sie nicht rechtzeitig reagiert haben. Und die große Krise der globalen Finanzen ist keineswegs zu Ende. Sie hat nur eine Pause eingelegt. Die Staaten haben zwar Notmaßnahmen ergriffen und die reale Wirtschaft fürs erste stabilisiert. Aber es gibt beunruhigend klare Einschätzungen: Da die Politik in den meisten Ländern noch nicht einmal im Ansatz begriffen habe,

was da eigentlich passiert ist, schwele der Brand weiter und könne jederzeit neu ausbrechen.²

Immerhin hat der Bundesminister der Finanzen a. D., Peer Steinbrück, in seinem jüngsten Buch über die Finanzkrise (*Unterm Strich*) zwar auf das übliche »Politikergeschwurbel« verzichtet. Den Tiefgang aber, den man von einem Zeitzeugen seines Kalibers hätte erwarten können, sucht man vergebens. Seine Schilderungen bieten keinerlei neue Einblicke, selbst die Details haben schon in der Zeitung gestanden.³ Wer auf neue Fakten gehofft hat, sieht sich enttäuscht.⁴ Dennoch wird es im Folgenden zunächst um die Ansichten dieses ehemaligen Amtsträgers gehen müssen, um zu beurteilen, was die politische Führung zumindest in Deutschland wusste, was sie tat oder unterließ, als sie versuchte, die weitere Annäherung an den Abgrund zu verhindern.

Peer Steinbrück sieht sich selbst zwar unverdrossen als jemanden, der dazu beigetragen hat, die Finanzkrise, so gut es ging, zu »bewältigen«. Keiner wisse aber, ob das Schlimmste schon überstanden ist. Auch Steinbrück erkennt, dass es nach wie vor tiefgreifende strukturelle Verwerfungen gibt, die das wirtschaftliche Gleichgewicht in der Welt bedrohen: zwischen den USA und China, aber auch innerhalb Europas. Man sei beim »Zähmen der Finanzmärkte« zwar einige Schritte vorangekommen. Eine Wiederholung wird aber nicht ausgeschlossen. Und die entscheidende Frage hält er für nicht beantwortet: »Wer hat den Primat – die Politik oder die Finanzindustrie?« Immerhin ist inzwischen auch Steinbrück klargeworden, welche Lage im September 2008 bestand: »Die Welt stand an einem Abgrund.«⁵

Es habe ein »Teufelskreis« gedroht, weswegen er und Bundeskanzlerin Merkel in einem angeblich »legendären« Auftritt am 5. Oktober 2008 der deutschen Öffentlichkeit eine Garantieerklärung für Spareinlagen gaben, ohne zu erklären, was unter diesen Begriff fällt. Für eine solche Zusage fehlte jede Legitimation. Es gab keine Rechtsgrundlage und keinen parlamentarischen Rückhalt.⁶ Der seinerzeitige Amtsträger Steinbrück wundert sich bis heute, dass die Parlamentarier hinterher nie gefragt haben: »Um Gottes willen, was habt ihr da eigentlich gemacht?«

Mit dieser rechtlich unverbindlichen Patronatserklärung ist es aber immerhin gelungen, einen Ansturm auf die Bankschalter (»bank run«) in Deutschland zu verhindern. Das ändert nichts daran, dass man anderenfalls in die Dimensionen eines Staatsnotstands geraten wäre.

Im späteren Verlauf bestand indes keine Gefahr, dass der Euro zerbricht, glaubt Steinbrück. Die Politik hätte das um jeden Preis verhindern müssen. Der Euro sei für Deutschland eine »Schicksalsfrage«. Der Hauptvorwurf des ehemaligen Ministers an die schwarz-gelbe Bundesregierung ist gleichwohl, dass diese in der kritischen Phase der Griechenland-Krise⁷ und Euro-Krise nicht genügend deutlich gemacht habe, dass der Euro nicht nur ein Zahlungsmittel sei, sondern eines der großen Erfolgsprojekte der europäischen Integration. Steinbrück lässt offen, ob die Euro-Krise ausgestanden ist, da die Ursachen einer exzessiven Staatsverschuldung und einer schwindenden Wettbewerbsfähigkeit in einigen Ländern nicht beseitigt seien. Die Griechenland-Krise sei zudem nicht von Spekulanten, sondern von Regierungen zu verantworten. Die Politiker seien als Zocker aufgetreten. Die einen, weil sie sich zu hoch verschuldet und dabei auch noch »geschummelt« hätten. Die anderen, weil sie bei den »Tricksereien« zu lange weggesehen hätten. Bemerkenswerterweise schließt sich der Bundesminister der Finanzen a. D. darin ausdrücklich ein.⁸

Unterdessen scheint der Ausdruck »Krise« zu einem Schlüsselbegriff der Politik geworden zu sein. Steinbrück redet gar von einer vierfachen Krise: Finanz-, Wirtschafts-, Fiskal- und Staatskrise.⁹ Der inflationäre Gebrauch des Begriffs erreicht damit einen Höhepunkt, der schon Jahre zuvor durch die entsprechende Literatur vorbereitet wurde.¹⁰ Er kann entlasten und ein fast schon demütiges Einverständnis mit vermeintlich naturgesetzlich bestimmten Abläufen erzeugen. Insbesondere die Behandlung der »Finanzkrise« in den Medien erweckt den Eindruck, als ob es sich um ein Geschehen handelt, das vorausschauender Steuerung entzogen ist. Diese Sicht ist nicht nur irreführend. Sie ist falsch. Es handelt sich dabei um das Produkt einer geschickten Medienpolitik verantwortlicher Entscheidungsträger und Machthaber.

Angesichts der nach wie vor in jeder Hinsicht desaströsen Situation der globalen Finanzwirtschaft steht man nicht nur deshalb vor zahlreichen schwierigen Fragen.¹¹ Sie erstrecken sich über ein weites Spektrum. Es reicht von der Ordnungspolitik bis hin zum Sicherheitsrecht. Im Hinblick auf das Wirtschaftsstrafrecht tauchen die komplexesten Fragestellungen auf, die jemals an dieses Rechtsgebiet herangetragen wurden.¹² Die Wirtschaft war für das Strafrecht immer ein schwieriger Regelungsbereich. Nähert man sich ihm mit Respekt und Umsicht, sind aus der Sicht des

Strafrechtsprofessors und ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Winfried Hassemer, die Folgen klar:

- Konzentration der Strafbarkeit auf »handfeste« Rechtsgutsverletzungen
- Freihaltung und Sicherung eines Kernbereichs, in dem die Wirtschaft ihrer eigenen Vernunft folgt
- Einrichtung strafrechtlich flankierend gesicherter Prozeduren, die im Vorfeld einer Rechtsgutsverletzung Transparenz und Kontrolle ermöglichen

Damit ließe sich die interessante Frage aufwerfen, von welcher Vernunft die Wirtschaft geleitet wird und ob dieser eine strafbarkeitsausschließende Wirkung zukommen kann. Zunächst mag aber die Erkenntnis genügen, dass mit der öffentlichen Rede über die Krise eine Betäubung eingeleitet wurde, die die Suche nach den Verantwortlichen und Schuldigen einer äußerst schädlichen und gemeingefährlichen Entwicklung extrem schwierig macht.¹³ Es kommt hinzu, dass die notwendige Arbeit am Begriff der Wirtschaftskriminalität lange Zeit nicht in genügender Weise erfolgte, weil sie ein »Stiefkind der Kriminologie«¹⁴ war.

Die Lage scheint unterdessen sehr ernst geworden zu sein. Immerhin meldet der philosophische Zeitgeist Feindeinbruch. Richard David Precht hat sich zumindest in Deutschland nicht nur bei der publikumswirksamen Erörterung von Identitätsproblemen und Liebesfragen Verdienste erworben. Ihm ist auch ein beeindruckender Überblick über diverse andere »Gefechtsfelder« der Gesellschaft zu verdanken. Der »Feind« (sic) sei auf leisen Sohlen gekommen, weiß er im Juni 2010 im *Spiegel*¹⁵ zu berichten, nämlich mit der Unterspülung der Moral durch Ebbe und Flut der internationalen Finanzwirtschaft. In der gegenwärtigen Lage brauche eine Demokratie auf der obersten Führungsebene ausgewiesene und unbestechliche Experten. Nur wenn die Besten der Besten regierten, sei vertretbar, dass nicht das Volk selbst das Zepter der Macht schwinde. Die Experten in der Realität bundesdeutscher Demokratie fänden sich aber gut getarnt und verschüttet hinter Stapeln ungelesener Expertisen, predigten in Büchern, die kein Politiker lese, oder versanken im Alltag unserer Universitäten. Unsere Politiker glichen dagegen herumirrenden Wanderern, denen als Wegweiser Lobbyisten aller Couleur dienten, die im Deutschen Bundestag ein- und ausgingen. Diese bekämen die Politik, die sie wollten,

sei es durch eine Parteispende, durch beharrliche Freundlichkeit oder durch Jobangebote für nebenbei und nachher. Manche Politrentner seien keine »Elder Statesmen« mehr, sondern »Elder Salesmen«. ¹⁶ Wenn eine Erkenntnis und ein gegenläufiges Interesse aufeinandertreffen, gewinne das Interesse.

Damit ruft Precht natürlich die Erinnerung an Sokrates wach, dem folgender Satz zugeschrieben wird: »Wer zu klug ist, um sich in der Politik zu engagieren, wird dadurch bestraft, dass er von Leuten regiert wird, die dümmer sind als er selbst.«

Nach dem Empfinden des SPD-Politikers Hans-Peter Bartels, Sprecher der Arbeitsgruppe Demokratie der SPD-Bundestagsfraktion, hat Precht in seinem Essay wieder einen ganzen Sack der altbekannten Klischees aus dem antidemokratischen Kasperletheater ausgekippt, indem er unter anderem von »Demokratie-Theater« (früher: »Schwatzbude«) spricht. Der Philosoph Precht unterstelle dem politischen Führungspersonal unserer Tage, ihm gehe es um ein paar letzte Privilegien, ein bisschen Machtgefühl, ein paar Versorgungsansprüche. Demokratie, so die Kritik an Precht, sei nicht die Herrschaft der Größten, Schönsten und Besten, sondern des mittleren Maßes – normale Menschen genügen, egal worin ihre Normalität jeweils besteht. Precht beziehe sich offenbar zustimmend auf den britischen Philosophen John Stuart Mill, der schon behauptet hatte, dass eine Demokratie auf der obersten Führungsebene ausgewiesene und unbestechliche Experten brauche und nur die Besten der Besten regieren sollten. Eine solche verfassungsmäßige Ordnung, so die Stimme aus der politischen Praxis, könnte man schaffen, es wäre allerdings keine freiheitliche Demokratie. ¹⁷

Diese pseudo-philosophische Debatte ist hier nicht zu entscheiden. Wichtiger ist in den folgenden Zusammenhängen die Frage, ab wann insbesondere die Konstruktion undurchschaubarer Anlageprodukte kriminell ist. Bei komplizierten Finanzprodukten scheint der Übergang von normalem zu wirtschaftskriminellem Handeln nämlich fließend geworden zu sein, da zumindest die Unwissenheit der Kunden über deren konkrete Gestaltung mitunter einkalkuliert wurde. ¹⁸ Die Vermarktung der Finanzprodukte erfolgte zudem mit System. Dessen Leistungskraft wurde durch die Einbeziehung Außenstehender enorm gesteigert. Finanzielle Anreize führten zu einer Zusammenarbeit besonderer Art. Rechtsanwälte oder